

Programme der Parteien zur Europawahl

Anlässlich der am 26. Mai stattfindenden Europawahl hat eco die Programme der Parteien auf für die Internetwirtschaft wichtige Themen hin analysiert und mit den eigenen 19 Punkten zur Europawahl abgeglichen.

CDU/CSU: „Unser Europa macht stark. Für Sicherheit, Frieden und Wohlstand.“¹

Das Programm der Union ist mit 26 Seiten sehr kurz gehalten. Die Union will auf europäischer Ebene vor allem in Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz investieren. Dabei soll Deutschland führender Standort werden. Ziel ist eine europäische Digitalplattform für Künstliche Intelligenz, damit Daten und Algorithmen in Europa verbleiben.

Der digitale Wandel soll zum Wohle der Bürger und Unternehmen gestaltet werden. Start-Ups sollen in der Gründungsphase besser finanziert und unterstützt werden. Dazu soll der Begriff „Start-Up“ einheitlich definiert und Hindernisse bei Gründungen verringert werden.

Europäische Medienangebote sollen gezielt vorangebracht werden. Die Medienplattformen der öffentlich-rechtlichen Medienanstalten sollen untereinander besser vernetzt werden. Bei der Umsetzung der EU-Urheberrechtsrichtlinie will die Union sicherstellen, dass es nicht zu Upload-Filtern kommt.

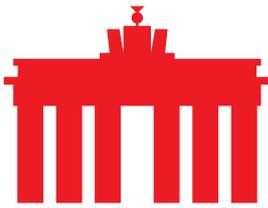
In der Finanzpolitik will sich die Union für die Schaffung einer „virtuellen Betriebsstätte“ einsetzen um die digitale Wirtschaft besser und fair besteuern zu können.

Im Datenschutz soll ein Innovations-Board eingerichtet werden, um die Datenschutz-Grundverordnung innovationsoffen, zukunftsweisend und anwendungsfreundlich weiterzudenken und auszugestalten.

Die Polizeibehörde Europol soll gestärkt werden und vermehrt grenzüberschreitend tätig werden. Die verschiedenen Daten unterschiedlicher Identifizierungssysteme sollen besser verknüpft werden, damit sie von nationalen Polizeibehörden leichter abgerufen werden können.

In der Verteidigungspolitik soll auf Bedrohungen aus dem Internet verstärkt reagiert werden können. Dazu will die Union eine schlagkräftige Cyber- Brigade aufbauen, um Cyberattacken, Terroris-

¹ https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/europawahlprogramm.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=18290



mus, Bedrohung kritischer Infrastruktur und Desinformation europaweit erfolgreich abwehren und selbst offensive Fähigkeiten entwickeln zu können.

SPD: „Kommt zusammen und macht Europa stark“²

Die SPD will vor allem die digitalen Großkonzerne so besteuern, dass sie einen verhältnismäßigen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwohls leisten. Dazu sollen die Körperschaftssteuern angeglichen und vereinheitlicht und Mindeststeuersätze eingeführt werden. Die Verschiebung von Konzerngewinnen in Niedrigsteuerländer soll international unterbunden werden. Gelingt dies nicht, ist eine europäische Lösung geplant.

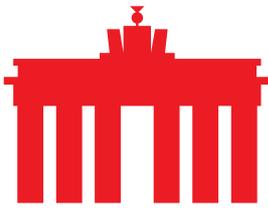
Die Infrastruktur, auch im Breitband, soll vor allem im ländlichen Raum weiter gestärkt und ausgebaut werden. Ziel ist eine 100%ige Netzabdeckung. Dafür sollen Investitionsanreize geschaffen werden.

Um auf die Folgen der Digitalisierung der Arbeitswelt besser reagieren zu können, will die SPD ein Recht auf Weiterbildung und Qualifizierung schaffen. Zur Angleichung sozial- und arbeitsrechtlicher Regelungen soll eine EU-Richtlinie zum Schutz von Beschäftigten auf Online-Plattformen geschaffen werden.

Die SPD will öffentlich-rechtliche Medien stärken und Medienkonzentration und -monopole verhindern. Medienplattformen und Informationsintermediäre sollen auf europäischer Ebene reguliert werden. Die Kriterien hinter Suchergebnissen sollen transparenter gemacht und die Transparenz bei Algorithmen-basierten Entscheidungen verbessert werden. Die Entwicklung einer transnationalen europäischen Plattform soll gefördert werden.

Zugang zu einem freien und offenen Internet sieht die SPD als Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Meinungsvielfalt, Innovationsfähigkeit und fairen Wettbewerb. Daraus leitet die Partei die Notwendigkeit ab, die digitale Gesellschaft auch politisch zu gestalten und rechtlich verbindliche Regelungen zu schaffen um eine offene, freie und demokratische digitale Gesellschaft zu gewährleisten. Dabei sieht die SPD das Recht auf Privatsphäre und die Kommunikations-, Medien-, Meinungs- und Informationsfreiheit als zentral an. Sie spricht sich dagegen aus, Kommunikation im Namen der Sicherheit oder auch zum Schutz der Urheberrechte anlasslos und ohne jede effektive demokratische und rechtstaatliche Kontrolle zu analysieren und auf mögliche Rechtsverletzungen hin zu untersuchen. Die SPD will die Digitalisierung stärker in der EU gestalten um Europa weniger abhängig von Entwicklungen in den USA oder in China zu machen.

² https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Europa_ist_die_Antwort/SPD_Europaprogramm_2019.pdf



Den Datenschutz will die SPD weiter stärken. Der offene Zugang zur Nutzung von anonymisierten und nicht-personenbezogenen Daten soll sichergestellt werden um zu verhindern, dass einige wenige Unternehmen „Datenschätze“ anhäufen und exklusiv auswerten. Bei Bezahlungsfunktionen oder Sprachsteuerungen sollen offene Schnittstellen verpflichtend werden um den Marktzugang zu erleichtern. Eine anonyme Bezahlung soll auch online gewährleistet werden. Bei mobilen Endgeräten sollen die Hersteller verpflichtet werden, mindestens vier Jahre ab Verkaufsstart Sicherheitsupdates für die Betriebssysteme der Geräte anzubieten. Gleichzeitig sollen Haftungsregeln für die Hersteller definiert und gesetzliche Standards zur IT-Sicherheit verbessert werden. Dazu soll die Produkt- und Herstellerhaftung so angepasst werden, dass auch Programmierfehler oder IT-Sicherheitsmängel wie Produktionsfehler behandelt werden können.

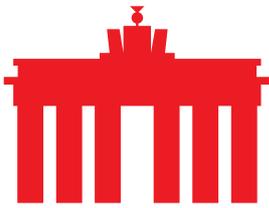
In der Forschung will die SPD einen europäischen Innovationsrat zur Förderung disruptiver Ideen und Konzepte einrichten. Im Bereich der künstlichen Intelligenz sollen die verschiedenen Forschungseinrichtungen besser zusammenarbeiten. Europäische Daten-Tools, die es KMU und zivilgesellschaftlichen Akteuren ermöglichen, maschinelles Lernen und Big Data Analytics zu nutzen sollen gefördert werden. Auch soll eine europäische Cloud aufgebaut werden, in der Forschungsergebnisse, -daten und Dateninfrastruktur frei zugänglich gemacht werden können.

Die Grünen: „Europas Versprechen erneuern“³

Auch die Grünen wollen sich für eine stärkere Besteuerung von Digitalkonzernen einsetzen. Außerdem will man sich für Mindeststeuersätze einsetzen. Auch für Wertschöpfung durch Algorithmen und Maschinen soll ein Besteuerungsmodell entwickelt werden.

Schlüsseltechnologien und Start-Ups will man europaweit über ein Programm der europäischen Investitionsbank fördern. Außerdem soll ein Förderprogramm aufgelegt werden, dass sich exklusiv dem ökologischen Potential der Digitalisierung widmet. In jedem Mitgliedsstaat soll ein One-Stop-Shop zur Beratung von Start-Ups eingerichtet werden. Besonders KMU sollen bei der Bewältigung der Folgen der Digitalisierung unterstützt und gefördert werden. Für die Erforschung von künstlicher Intelligenz soll ein europäisches Zentrum geschaffen werden. Frei zugängliche Open-Access-Publikationen sollen gefördert werden.

³ https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/B90GRUENE_Europawahlprogramm_2019.pdf



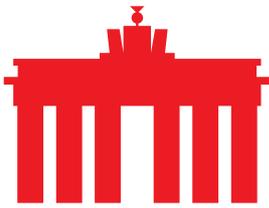
Um die Marktmacht der großen Digitalkonzerne besser kontrollieren und begrenzen zu können, wollen die Grünen ein europäisches Kartellamt schaffen und mit angemessenen Sanktionsinstrumenten ausstatten. Große Handelsplattformen im Internet sowie der Markt für Onlinewerbung sollen strenger reguliert werden. Besonders im Blickpunkt sind hierbei die Angebotskonditionen. Facebook, Instagram und Whats App wollen die Grünen aufspalten um für mehr Wettbewerb bei sozialen Netzwerken zu sorgen und Datenmonopole zu verhindern. Die Datenportabilität zwischen verschiedenen Netzwerken soll gewährleistet werden.

Eine anlasslose Massenüberwachung lehnen die Grünen ab. Strafbare Meinungsäußerungen in sozialen Netzwerken sollen schnellstmöglichst nach klaren, rechtsstaatlichen Kriterien überprüft, gegebenenfalls gelöscht und tatsächlich verfolgt werden. Dazu soll das Notice and Takedown-Verfahren weiter konkretisiert werden. Das soll auch für gewaltverherrlichende Propaganda und terroristische Onlineinhalte gelten.

Den Datenschutz und die informationelle Selbstbestimmung wollen die Grünen weiter stärken. So sollen die Nutzenden selbst entscheiden können, welche personenbezogenen Daten im Internet preisgegeben, gesammelt und gespeichert werden. Die E-Privacy-Verordnung soll so ausgestaltet werden, dass die Grundsätze Privacy by default bzw. Privacy by design bestmöglichen Schutz der Privatsphäre garantieren. Browsereinstellungen wie „Do not track“ sollen rechtsverbindlich werden, damit nicht automatisch Nutzungsprofile erstellt werden.

Für die IT-Sicherheit von technischen Geräten fordern die Grünen verpflichtende Mindeststandards sowie eine Meldepflicht bei Sicherheitslücken. Dazu gehören aus Sicht der Partei Verschlüsselung, sichere Software und regelmäßige Updates. Eine Produkthaftung für Software soll eingeführt werden. Dabei sollen die Hersteller Klarheit darüber schaffen, wie lange sie Updates zur Verfügung stellen. Für Ladegeräte und -kabel soll ein einheitlicher europäischer Standard geschaffen werden. Open-Hardware und Open-Source-Produkte sollen besonders unterstützt werden.

Beim Einsatz von Algorithmen soll gewährleistet werden, dass Entscheidungen für die Verbraucher überprüfbar, transparent und diskriminierungsfrei erfolgen. Hierfür fordern die Grünen spezialisierte Schiedsstellen und ein erweitertes Verbandsklagerecht. Auch soll die Frage geklärt werden, wer für Fehlentscheidungen von Algorithmen haftet. Microtargeting und politische Werbung im Internet sollen streng reguliert werden. Dabei soll für den Empfänger ersichtlich werden, auf welcher Grundlage er welche Werbung erhält. Auch der Einsatz von „Social Bots“ soll europaweit klar erkennbar gemacht werden. Die



ethischen Implikationen von neuen Technologien sollen stärker erforscht und politisch berücksichtigt werden.

Die Grünen setzen sich für eine scharfe parlamentarische Kontrolle von Geheimdiensten ein.

Zur Bewältigung der Folgen der Digitalisierung der Arbeitswelt wollen die Grünen das Recht auf Weiterbildung europäischen vereinheitlichen und verankern.

Die Grünen wollen sich für ein zukunftsfestes Urheberrecht einsetzen, das auf den technischen Wandel eingeht. Illegale Kopien urheberrechtliche geschützter Werke sollen gelöscht werden und die Täter strafrechtlich verfolgt. Werbetreibende und Finanzdienstleister, die ein solches System finanziell stützen, sollen mit in die Verantwortung genommen werden. So sollen die Täter vom Geldfluss abgeschnitten werden. Uploadfilter halten die Grünen jedoch für den falschen Ansatz und für eine fehlerhafte Technologie. Ein Leistungsschutzrecht für Presseverleger wird abgelehnt. Die Verwendung von Links soll nicht unter das Urheberrecht fallen. Die Grünen wollen eine „Recht auf Remix“ schaffen. Geoblocking soll weiter reduziert werden.

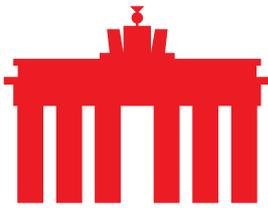
Für den flächendeckenden Breitband- und 5G-Ausbau wollen die Grünen eine europäische Investitionsinitiative starten. Der Ausbau der Infrastruktur soll an eine weitere rechtliche Stärkung der Netzneutralität gekoppelt werden.

FDP: „Europas Chancen nutzen“⁴

Die FDP will die Forschung bei innovativen Technologien europaweit fördern und die Rahmenbedingungen für Start-Ups verbessern. Dazu sollen Digital-Freiheitszonen als „Sonderwirtschaftszonen“ eingerichtet werden. Um bessere Bedingungen für Wagniskapital zu schaffen, soll eine europäische Venture-Capital-Verordnung erlassen werden. Eine Europäische Agentur für Sprunginnovationen soll radikale und disruptive Innovationen befördern. Die Festsetzung von Mindeststeuersätzen innerhalb der EU sowie eine Digitalsteuer lehnt die FDP ab.

In der Forschungsförderung soll ein digitaler Austausch zwischen Einrichtungen und Wissenschaftlern gewährleistet werden. Open Access soll bei geförderten Forschungsprojekten zum Standard werden. Bei der Erforschung künstlicher Intelligenz soll eine gemeinsame europäische Strategie geschaffen werden, die auch Prinzipien zu rechtlichen, gesellschaftlichen und ethischen Fragen enthält.

⁴ <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2019/02/26/2019-01-27-bpt-europas-chancen-nutzen-das-programm-der-freien-demokraten-zur-europawahl-2019.pdf>



Im europäischen Parlament sollen mehr digitale Beteiligungsformen geschaffen werden, z.B. auf Basis eines elektronischen Personalausweises für EU-Bürger. Auch auf europäischer Ebene soll die Digitalisierung der Verwaltung vorangetrieben werden.

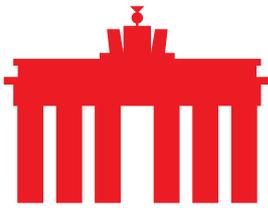
Die FDP will in Europa Gigabit-Infrastrukturen in der Fläche schaffen. Der Ausbau soll mit Hilfe der Connected Europe Facility gefördert werden. Infrastruktur soll ein Schwerpunkt eines „Investitionsplans für Europa“ werden.

Ziel der FDP ist ein weitgehend autarkes Europa mit eigenen Cloud-Anbietern und europäischen Datenschutzstandards. Die Cybersicherheit soll gestärkt werden. Dazu sollen europäische Mindeststandards für IT-Sicherheit und eine effektive Cybersicherheitsstruktur geschaffen werden. Hersteller von Hard- und Software sollen für IT-Sicherheitslücken haften und deutlich auf die Dauer der Gewährleistung eines Produkts hinweisen. Das Zurückhalten von Schwachstellen (Exploits) durch staatliche Stellen will die Partei europaweit unterbinden. In der Cyberabwehr will die FDP Programme zur Kommunikationsüberwachung durch defensive Mittel abgewehrt werden. Die Grundrechte werden dabei als Schutzgut gegen Spionageattacken gesehen. Zwischen den Geheimdiensten der EU-Mitgliedsstaaten soll ein No-Spy-Abkommen geschlossen werden. Der Einsatz von Staatstrojanern ohne enge unabhängige richterliche Überwachung lehnt die FDP ab.

Die FDP spricht sich gegen den Aufbau einer Zensurinfrastruktur und für die faire Entlohnung von Urhebern aus. Stattdessen wird bei der Durchsetzung von Urheberrechten auf neue Technologien wie die Blockchain gesetzt. Das Problem der Ungleichheit zwischen Nachrichtenaggregatoren wie Google und Urhebern soll nicht im Urheber-, sondern über das Wettbewerbsrecht gelöst werden.

Die Digitalisierung der Landwirtschaft kann aus Sicht der FDP dabei helfen, mühsame Aufgaben durch Automatisierung zu ersetzen, Pflanzenschutz- und Düngemittel präziser und somit umweltschonender auszubringen, die Gesundheit von Nutztieren besser zu überwachen und Bürokratiekosten zu mindern. Um diese Potentiale ausschöpfen zu können, soll die Netzinfrastruktur auch für die Landwirtschaft ausgebaut werden. Damit die smarten Technologien nicht zum gläsernen Betrieb oder zur Konzentration von Marktmacht führen, will sich die FDP in Europa für ordnungspolitische Leitplanken bei der Sicherheit und dem Schutz von Daten sowie bei der Standardisierung von Schnittstellen und Datenformaten unterschiedlicher Systemanbieter einsetzen.

Die FDP spricht sich gegen jede Form der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung aus und fordert die EU-Kommission auf, mit Hilfe der EU-



Grundrechtecharta gegen entsprechende nationale Regelungen vorzugehen. Für die Datenschutz-Grundverordnung wird bereits für 2020 eine Evaluation und Weiterentwicklung gefordert. Dabei sollen besonders die Belange von KMU stärker berücksichtigt werden. Außerdem will man sich für eine Neuverhandlung des Privacy-Shields zwischen den USA und der EU einsetzen. Für Kommunikations- und Mediendienste soll ein innovationsoffener Privatsphäre-Rechtsrahmen geschaffen werden. In der E-Privacy-Verordnung will die Partei die Verwendung von Cookies gemäß den bisherigen Standards gewährleisten.

Die Linke: „Europa nur solidarisch“⁵

Die Linke will sich für eine Regulierung von Plattformarbeit einsetzen. Für Plattformen, Arbeit in der Cloud oder Crowd sollen die gleichen Standards und Schutzrechte gelten wie bei herkömmlichen Betrieben. Kryptowährungen wie der Bitcoin sollen wegen des hohen Stromverbrauchs bei der Schürfung verboten werden.

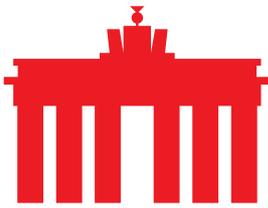
Geschäftsmodelle wie AirBnB will die Linke stärker regulieren und eine europaweite Unternehmenssteuer für private Wohnungsvermietungen über Internetplattformen einführen. Auch will die Partei sich für einen einheitlichen Mindeststeuersatz einsetzen. Abschreibungsregeln für immaterielle Vermögenswerte sollen europaweit angeglichen werden um die Steuerlast von Digitalunternehmen zu erhöhen.

Die Linke will den Zugang zu schnellem Internet europaweit gewährleisten. Öffentliche Dateninfrastrukturen sollen in öffentlicher Hand bleiben. Das 5G-Netz soll flächendeckend ausgebaut werden.

Netzneutralität, Datenschutz und ein modernes Urheberrecht will die Linke garantieren. Open Access soll gewährleistet werden. Upload-Filter zur Erkennung urheberrechtlich geschützter Inhalte lehnt die Linke ab, da sie Overblocking fürchtet. Stattdessen will man sich für eine weitgehend Fair-Use-Regelung einsetzen. Zur Förderung des Austauschs in der Forschung soll eine europäische Open-Access-Initiative initiiert werden.

Verdachtsunabhängige Datenspeicherung und Profiling lehnt die Linke ab, die Vorratsdatenspeicherung soll beendet werden. Verstöße gegen den Datenschutz sollen härter bestraft werden. Dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz ähnliche Pläne auf EU-Ebene lehnt die Partei ab. Privaten Anbietern von Plattformen und sozialen Netzwerken soll nicht das Recht übertragen werden, über entsprechende Inhalte zu entscheiden. Bei sozialen Netzwerken fordert die Linke eine offene

⁵ https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2019/wahlprogramm/Europawahlprogramm_2019_-_Partei_DIE_LINKE__Druckversion_.pdf



Schnittstelle, damit die Nutzenden auch zwischen Plattformen kommunizieren können. Außerdem soll es ein Recht auf Datenmitnahme geben.

In der IT-Sicherheit soll die Nutzung von Sicherheitslücken zu Geheimdienstzwecken nicht möglich sein. Statt dessen sollen Sicherheitslücken schnell veröffentlicht werden. Die Linke setzt sich für eine klare Kennzeichnung darüber ein, wie lange technische Geräte mit Sicherheitsupdates versorgt werden. Diese Updategarantie soll mindestens 3 Jahre betragen.

Die Linke will die Schaffung einer EU-weiten Mediathek der verschiedenen öffentlich-rechtlichen Anstalten fördern. Die Novellierung der AVMD-Richtlinie hält die Linke nur für mäßig gelungen, da sie die Regelungen für Werbung, Jugendschutz und die Bekämpfung von Hassbotschaften nicht für ausreichend hält. Das Leistungsschutzrecht für Presseverleger lehnen die Linken ab. Stattdessen hält die Partei die Einführung einer Digitalsteuer für einen besseren Weg, große Plattformen in die Verantwortung zu nehmen.

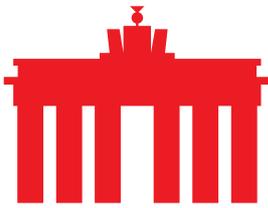
Einschätzung und Bewertung

Im Anschluss an diese Zusammenfassung sollen die vorgefundenen Vorhaben anhand des 19-Punkte-Programms des eco zur Europawahl eingeschätzt und bewertet werden.

IT-Sicherheit, Staatliche Überwachung und Strafverfolgung

- *Die EU muss ein gesamteuropäisches Vorgehen im Kampf gegen Cybergefahren sicherstellen, nationale Alleingänge von Mitgliedstaaten verhindern und auch Bürger/-innen einbinden.*
- *Die EU muss flächendeckende und anlasslose staatliche Überwachungsmaßnahmen der europäischen Bevölkerung in allen Mitgliedstaaten unterbinden sowie Verschlüsselung und sichere Dienste stärker fördern.*
- *Die EU muss ein einheitliches Vorgehen bei der Strafverfolgung von Cyberkriminalität finden sowie gerechte Regeln und Standards – im Hinblick auf kleinste, kleine und mittlere Unternehmen – für den grenzüberschreitenden Datenzugriff im Rahmen von Ermittlungsverfahren definieren.*

Die **Union** legt ihre Schwerpunkte in diesem Bereich auf die Schaffung einer sog. Cyber-Brigade sowie auf die Stärkung von Europol als europaweite Polizeibehörde. Der Einsatz für einen besseren Austausch zwischen verschiedenen Identifikationssystemen ist eher negativ zu bewerten. Insgesamt bleibt das Programm der Union zur Europawahl aus digitalpolitischer Sicht leider recht dünn.



Die **SPD** will wie Grüne, FDP und Linke auch einen festen Zeitraum für Sicherheitsupdates verpflichtend einführen. Außerdem sollen die Haftungsregelungen für Software einheitlich definiert werden. Sie will keine anlasslose Kontrolle oder Analyse von Kommunikation. Dies bewertet eco positiv.

Die **Grünen** wollen neben einem festen Zeitraum für Sicherheitsupdates verpflichtende Mindeststandards in der IT-Sicherheit sowie eine Meldepflicht für IT-Sicherheitslücken. Damit sind sie nah an den Forderungen des eco.

Auch die **FDP** wollen sich für eine Stärkung der Cybersicherheit und die Schaffung einer Produkthaftung einsetzen. Außerdem will die FDP als einzige den EU-US-Privacy Shield neu verhandeln. Die FDP will keinen Einsatz von sog. Staatstrojanern ohne enge richterliche Kontrolle.

Die Linke fordert als einzige Partei explizit, Sicherheitslücken nicht für Geheimdienstzwecke zu nutzen. Sie ist gegen verdachtsunabhängiges Profiling und gegen Vorratsdatenspeicherung.

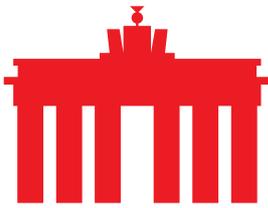
Datenschutz und Privatsphäre Online

- *Die EU muss sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten die Datenschutzgrundverordnung einheitlich sowie konsistent umsetzen und anwenden.*
- *Der europäische Datenschutzausschuss muss die Internetwirtschaft stärker in seine Arbeit einbeziehen.*
- *EU-Kommission und -Parlament müssen die Pläne zur E-Privacy-Verordnung in einem offenen Dialog mit der Wirtschaft diskutieren, um eine Fragmentierung des europäischen Datenschutzrahmens zu vermeiden.*
- *Die EU-Mitgliedstaaten müssen sich klar gegen eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung aussprechen.*

Die **Union** äußert sich aus Sicht des eco zu diesem Punkt zu wenig. Zu entnehmen ist dem Europa-Programm nur, dass man die DSGVO über ein Innovationsboard weiterentwickeln will. Allerdings bleibt unklar, welche Punkte man dabei etwa aufgreifen will. Zur E-Privacy-Verordnung und zum Thema Vorratsdatenspeicherung findet sich keine Äußerung.

Bei der **SPD** bleibt unklar, was etwa mit der geplanten weiteren Stärkung des Datenschutzes gemeint ist. Als einzige Partei will sich die SPD für einen offenen Zugang zu nicht-personenbezogenen und pseudonymisierten Daten einsetzen.

Auch die **Grünen** wollen eine weitere Stärkung des Datenschutzes und sprechen sich für eine stärkere Selbstbestimmung der Nutzer aus.



Als einzige Partei setzen sie sich für eine Festschreibung von privacy by design bzw. Privacy by default ein.

Die **FDP** setzt sich für eine schnelle Evaluation der DSGVO ein. Sie will ordnungspolitische Leitplanken bei Sicherheit und Datenschutz schaffen.

Die **Linke** setzt ihren Schwerpunkt auf die härtere Bestrafung von Datenschutzverstößen.

Rechtsverletzungen und Haftung im Internet

- *Die EU darf den soliden und erprobten Rechtsrahmen für die Bereitstellung digitaler Dienste in Europa nicht durch inkonsistente Änderungen der E-Commerce-Richtlinie und des „Notice and Action“-Prinzips weiter aufweichen.*
- *Die EU muss einen kooperativen und gesamtgesellschaftlichen Ansatz zum Umgang mit Hate Speech und Fake News entwickeln, der Wirtschaft und Bevölkerung einbezieht und nicht allein auf technische Lösungen setzt.*
- *Die EU muss zur Bekämpfung von Online-Kriminalität die Strafverfolgung sowie die Arbeit weltweit vernetzter Hotlines stärken und ausbauen.*
- *EU-Kommission und -Parlament müssen ein modernes europäisches Urheberrecht entwickeln, das die berechtigten Interessen der Urheber/-innen, der Verwerter/-innen, der Internetwirtschaft sowie der Nutzer/-innen miteinander in Einklang bringt.*

Die **Union** will bei der Umsetzung der Urheberrechts-Richtlinie zwar Uploadfilter verhindern, kann dies aus Sicht des eco aber wenig glaubhaft vertreten, da sie die treibende Kraft hinter der Änderung der RL war. Zum Thema Haftungsgefüge in der E-Commerce-RL äußert sie sich nicht.

Die **SPD** spricht sich zwar ebenfalls gegen Uploadfilter aus, hat aber bei der Novellierung der Urheberrechts-RL nicht genug gegen diese getan und damit gegen die im Koalitionsvertrag selbstgesteckten Ziele verstoßen. Zur E-Commerce-Richtlinie äußert sie sich ebenfalls nicht.

Die **Grünen** sprechen sich klar gegen Uploadfilter aus und wollen illegal Kopien statt dessen schnell löschen. Außerdem wollen sie ein Werbeverbot auf urheberrechtsverletzenden Plattformen schaffen. Sie setzen sich für eine Konkretisierung des Notice-and-Takedown-Verfahrens ein, was eco zurückhaltend bewerten muss.

Die **FDP** äußert sich zu diesem Themenbereich nur sehr kurz: Gegen Uploadfilter, kein Kommentar zur E-Commerce-Richtlinie.



Die **Linken** sprechen sich als einzige gegen eine europäische Variante des NetzDG aus. Außerdem sind auch sie gegen Uploadfilter.

Infrastruktur und Netze

- *Die EU muss eine konsistente Strategie – auch bei Forschung, Aus- und Weiterbildung sowie bei Energiekosten – zur Sicherstellung digitaler Souveränität auf Basis leistungsfähiger digitaler Infrastrukturen entwickeln.*
- *Die EU muss ihren ausgewogenen Regulierungsansatz zur Wahrung des freien Internets und der Innovationsfreundlichkeit beibehalten und weiterentwickeln.*

Zu diesem Bereich äußern sich alle Parteien recht wenig konkret:

Das Thema Infrastruktur und Netze kommt im Europawahlprogramm der **Union** nicht vor.

Die **SPD** will sich für eine Stärkung der Infrastruktur mit 100 % Netzabdeckung einsetzen.

Die **Grünen** wollen eine europäische Investitionsinitiative, äußern sich aber nicht zu Art und Höhe dieser Initiative.

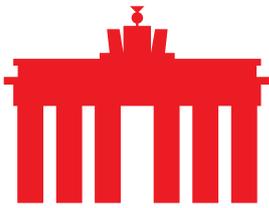
Die **FDP** will ebenfalls Gigabit-Infrastrukturen schaffen und dazu europäische Mittel verausgaben.

Die **Linke** will die Netze in öffentliche Hand übergeben (verstaatlichen).

Dienste und Wettbewerb

- *Die EU muss im Zuge der Medienkonvergenz einen konsistenten Regulierungsrahmen schaffen, der gleichartige Angebote auch den gleichen Regelungen unterwirft.*
- *Die EU muss protektionistischen Bestrebungen, die eine Benachteiligung digitaler Dienste und Geschäftsmodelle darstellen, sowohl in einzelnen Mitgliedstaaten als auch auf europäischer Ebene entschieden entgegentreten.*
- *Die EU muss Start-ups sowie kleine und mittlere Unternehmen bei Legislativvorschlägen stärker berücksichtigen und angemessene sowie gleichwertige Markt- und Wettbewerbsverhältnisse schaffen.*

Aus diesem Bereich wird allein der Punkt Start-Up-Förderung aufgegriffen. Hier tun sich besonders die **Grünen** und die **FDP** hervor. Die Grünen wollen ein europaweites Förderprogramm und einen One-Stop-Shop zur Beratung von Start-Ups. Die FDP will darüber hinaus eine Venture-Kapital-Verordnung schaffen um die Bereitstellung von Risikokapital zu fördern. Die begrüßt eco.



Digitale Wirtschaft und Digitalisierung

- *Der Europäische Rat sollte von seinen Plänen für eine Digitalsteuer Abstand nehmen und sich stattdessen für ein einheitliches Besteuerungssystem einsetzen, das alle Unternehmen nach denselben Maßgaben besteuert.*
- *Die EU-Mitgliedstaaten müssen virtuelle Binnengrenzen abschaffen und Datenfreizügigkeit innerhalb der EU gewährleisten.*
- *Die EU muss eine einheitliche europäische Strategie für die Stärkung der Entwicklung und des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz und Blockchain-Technologien erarbeiten.*

Eindeutig gegen eine Digitalsteuer spricht sich hier nur die **FDP** aus. In der Forschungsförderung wollen alle Parteien starker in die Erforschung von KI investieren.

Die Grünen und die SPD wollen zudem die Transparenz beim Einsatz von Algorithmen erhöhen. Ähnlich lautende Forderungen hatte eco in der Vergangenheit eher ablehnend bewertet.